

## **Zehn Thesen zu Europa**

Was ist los in Europa? Überall fahren populistische Gruppen, die gegen Brüssel und die EU Stimmung machen, Erfolge ein. Dabei sind aber die Phrasen der Populisten fast immer vereinfachend und oft schlicht falsch. Trotzdem: Die Ängste der Menschen, die diesen Phrasen glauben, sind wirklich, und die Überforderung und Ohnmacht, die viele angesichts von Globalisierung, Wettbewerb, Multikulturalismus und Internationalisierung empfinden, sind reale Phänomene. In jüngster Zeit mehren sich die Stimmen, die gar das wichtigste Projekt des Jahrzehnts, die EU-Osterweiterung, in Frage stellen.

Hat die EU etwas falsch gemacht? Ist etwas dran an der Kritik, sie ignoriere den „kleinen Mann“ und dessen Bedürfnisse? Hat sie selbst etwas zum Image beigetragen, sie sei kalt, arrogant und unmenschlich?

Mit dieser Einleitung stellt die österreichische Wochenschrift „Profil“ (Ausgabe vom 6. Mai 2002) zehn vorurteilsbehaftete Thesen vor und gibt dazu zehn nüchterne Antworten (Verfasser: *Sybille Hamann* und *Peter Lahodynsky*):

1. In Brüssel herrscht eine aufgeblähte Bürokratie, die die Gurkenkrümmung oder die Beschaffenheit von Traktorensitzen regelt.

*Es gibt tatsächlich eine Regelungswut des EU-Apparats. Der Ende 1992 eingeführte Binnenmarkt machte jedoch die meisten Richtlinien und Verordnungen erforderlich. Und meist entsprangen diese Forderungen von Regierungen. Viele der kritisierten Regelungen waren notwendig, um nationalen Protektionismus zu verhindern (wenn etwa der Import bestimmter Traktoren untersagt wurde, um heimische Produkte zu schützen). Beim Gemüse setzte der Handel einheitliche Kriterien durch - ginge es nur nach den Interessen der Konsumenten, hätte man sich da wahrscheinlich einiges an Regeln sparen können.*

*Die rund 15.000 EU-Beamten in Brüssel arbeiten - gemessen am Zuwachs der Aufgaben - im Grunde recht effektiv. Die Stadt Wien oder das französische Tourismusministerium haben beide mehr Personal als die EU-Kommission, die als Behörde immerhin für 370 Millionen EU-Bürger zuständig ist.*

2. Das Geld, das wir nach Brüssel zahlen, wird sinnlos verschwendet.

*Der größte Teil des EU-Budgets geht an die gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturpolitik zur Förderung ärmerer Regionen. Selbst Österreich hat als ‚Nettozahler‘, der mehr an die EU-Kassa einzahlt, als von dort zurückfließt, davon profitiert - von Bergbauern bis zum Ziel-1-Gebiet Burgenland oder Grenzregionen. Konsumenten profitieren direkt von EU-Richtlinien: Die Ausweitung der Garantiezeit für Produkte auf zwei Jahre wäre etwa ohne Druck aus Brüssel wohl nicht so schnell beschlossen worden. Natürlich gibt es, wie in jeder staatlichen Verwaltung auch, Missbrauch und Betrug. Freilich passieren solche Betrügereien in der Regel im Verantwortungsbereich der Mitgliedsländer. Und die sind, weil sie zu Unrecht bezogene Subventionen an den EU-Haushalt zurückzahlen müssten, an strengen Kontrollen gar nicht sonderlich interessiert. Für die Anti-Betrugseinheit der EU fehlt es noch immer an Personal und Geld.*

3. Die EU ist ein Projekt der Eliten.

*Es sind die Konzerne und die Reichen, die profitieren, dem „kleinen Mann“ nützt die EU gar nichts. Dieses Vorurteil hat nur teilweise realen*

*Hintergrund und ist langfristig sicher falsch. Die EU hat neben der friedenssichernden Aufgabe die Hebung des Wohlstands als Hauptziel, von dem auch Menschen mit niedrigem Einkommen profitieren. Soziale Mindeststandards wurden EU-weit eingeführt. Und der Binnenmarkt hat die Preise gedrückt und viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Europa hat heute seinen sicheren Platz in der Weltwirtschaft. Alleine wären vor allem kleinere Staaten dem Druck der „global player“ schutzlos ausgeliefert.*

*Die EU entmachtete auch nationale Kartelle, die sich Aufträge und hohe Preise sicherten. Durch EU-weite Ausschreibung von Aufträgen wurde viel Steuergeld gespart. Und jeder EU-Bürger hat schließlich das Privileg, sich frei zwischen Kiruna und Kreta niederlassen zu können.*

4. Die EU ist undemokratisch.

*Da ist schon was dran. Wer genau hat die Menschen eigentlich gewählt, die in der Kommission sitzen und eine Art „Regierung Europas“ darstellen? Die EU ist noch kein Staat mit einer klaren Gewaltenteilung, dementsprechend verworren ist die Entscheidungsfindung. Noch immer beschließen Minister bei den Ratstagungen hinter verschlossenen Türen Gesetze. Das europäische Parlament hat nur ein Mitentscheidungsrecht. Der EU-Vertrag von Nizza wurde ohne Beteiligung der Bürger von den Beauftragten der Staats- und Regierungschefs ausgearbeitet. Die EU-Spitze gelobt jedoch Besserung: Das Europäische Parlament soll als einzige direkt gewählte Institution der EU weiter gestärkt werden. Der neu eingerichtete „Konvent“, der über die nächste Reform berät und eine Verfassung vorlegen soll, muss für mehr Demokratie sorgen und nach dem „Subsidiaritätsprinzip“ auch manche Politikbereiche den Mitgliedsstaaten zurückgeben.*

5. Mit der Osterweiterung wird die EU überhaupt funktionsuntüchtig.

*Der Vertrag von Nizza hat viele Fragen offen gelassen: Zum Beispiel jene entscheidende, wie eine EU aus bis zu 27 Mitgliedern in der Praxis funktionieren soll. Mehrheitsentscheidungen sind die Regel, aber in national wichtigen Anliegen verzichtet niemand auf sein Vetorecht. Mit neuen Amtssprachen drohen neue Ausgaben für Heerscharen von Dolmetschern und Übersetzern. Eine Beschränkung auf wenige Arbeitssprachen würde Proteste auslösen - von genau jenen Gruppen, die jetzt die Kompliziertheit der Entscheidungsfindung in der Union kritisieren. Auch der Quotenschlüssel für die Besetzung von Gremien und die Besetzung von Posten ist dringend reformbedürftig. Bloß: Wie erklärt man den kleineren Mitgliedsländern, dass sie eigentlich verhältnismäßig zu viel Stimmgewicht haben, und den Großen, dass sie kein „Direktorium“ errichten dürfen? Oder wie bringt man neuen Mitgliedern im Klub bei, dass sie keinen EU-Kommissar stellen dürfen?*

6. Die Osterweiterung ist viel zu teuer.

*Die Osterweiterung, das wichtigste Projekt der Union, kostet nach Berechnungen der EU-Kommission in den ersten drei Jahren (2004 bis 2006) 40 Milliarden Euro. Auf Österreich entfallen davon jährlich 220 Millionen Euro. Für jeden Österreicher sind das, wie Wirtschaftsminister Martin Bartenstein vorgerechnet hat, rund 27,5 Euro im Jahr. So viel sollte uns die endgültige Überwindung der Teilung Europas und der wirtschaftliche Aufschwung der Nachbarn schon wert sein. Schließlich haben wir schon bisher einen Teil unseres Wirtschaftswachstums und rund 60.000 neue Arbeitsplätze der Ostöffnung zu verdanken. Die neuen Mitglieder erhalten längst nicht so viel aus den Fördertöpfen, wie man vermuten würde: wahrscheinlich nicht viel mehr als ein Zehntelprozent des Bruttonettoprodukts der EU. Richtig ist, dass die heutigen Nettoempfänger in der Union etwas von ihrem Kuchen abgeben werden müssen.*

7. Die EU ist schuld, dass immer mehr Ausländer nach Österreich kommen.

*Falsch. Die Ausländerpolitik ist einer jener Politikbereiche, die bis vor kurzem die nationalen Regierungen weitgehend selbst kontrollierten. Und selbst der Zuzug von Bürgern aus anderen EU-Staaten hielt sich in Grenzen. Der von der FPÖ vorausgesagte Zustrom von portugiesischen Bauarbeitern und griechischen Friseuren ist bis heute ausgeblieben. Gegenüber der Zuwanderung aus Drittstaaten gibt es erst seit kurzem in Ansätzen ein gemeinsames Vorgehen, etwa beim Asylverfahren oder bei der Aufteilung von Flüchtlingsströmen. Im Gegenteil zur Vermutung der Populisten würden mehr Kompetenzen der EU Asylsuchenden die Sache sogar erschweren: wenn es - wie geplant - ein einheitliches Verfahren gibt und die Ablehnung in einem Land für alle anderen ebenso gültig ist. Und auch wenn Ausländerpolitik nur in den seltensten Fällen mit Terrorismusbekämpfung zu tun hat: Auch in diesem Bereich bringt EU-Vernetzung mehr als nationale Alleingänge.*

8. Nationale Regierungen werden in der EU bald nichts mehr zu entscheiden haben.

*Der liebste Schlachtruf der französischen EU-Gegner lautete: In der EU wird unser Präsident zu einem Provinzgouverneur degradiert! Das wäre auch gar nicht weiter schlimm, wenn die EU sich tatsächlich einmal dazu durchringen sollte, ein richtiger demokratischer Bundesstaat zu werden. Solange das nicht so ist, läuft die Sache eher umgekehrt: Politiker reden sich gern auf Brüssel aus und benutzen, wenn sie daheim unpopuläre Maßnahmen verkaufen müssen, nicht selten das Argument, in den EU-Gremien überstimmt worden zu sein. Derzeit wirken die Zentrifugalkräfte immer stärker: So kritisiert etwa der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder häufig die EU-Kommission, sobald diese gegen deutsche Interessen handelt - vom geplanten blauen Brief wegen des deutschen Haushaltsdefizits bis zu Einsprüchen gegen Beihilfen. Die etablierte Politik leistet damit, absichtlich oder unabsichtlich, allen Vorurteilen gegen die „böse EU“ Vorschub.*

9. Die Politiker glauben selbst nicht, was sie sagen.

*Da ist was dran. Je stärker die EU zu einem europäischen Staat zusammenwächst, desto mehr Macht werden die Regierungen der einzelnen Länder abgeben müssen. Für die derzeitigen nationalen Machthaber heißt das in jedem Fall, dass sie auf Macht verzichten müssen. Während eine neue Arbeitsteilung diskutiert wird - etwa die Idee, eigene Europaminister zu entsenden -, ist die Nervosität und das Unbehagen bei den amtierenden Außenministern beinahe körperlich zu spüren. Weder Joschka Fischer noch Benita Ferrero-Waldner geben gern etwas von ihrem Ansehen und Einfluss auf. Womit sich die Frage stellt: Handeln die Politiker, wenn sie die Integration vorantreiben, tatsächlich in ihrem ureigenen, persönlichen Interesse? Oder spürt das Wahlvolk, dass sie zwar Lippenbekenntnisse abgeben, aber sich die ganze Sache doch lieber ersparen würden?*

10. Es gibt keine Politiker mehr mit Visionen für Europas Zukunft.

*Doch, es gibt sie noch, wenn auch immer seltener. Den deutschen Außenminister Joschka Fischer etwa, der vor einem Jahr seinen Plan vorgestellt hat, wie eine europäische Föderation aussehen könnte. Auch der neue Koordinator der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Spanier Javier Solana, hat erfolgreich das Krisenmanagement Europas verbessert. Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker beweist, dass auch Politiker aus kleinen Mitgliedsländern Einfluss haben können. Das Problem ist bloß: Die großen Männer, die Europa als ihr Lebenswerk begriffen haben, wie François Mitterrand und Helmut Kohl, sind tot oder abgetreten - und mit ihnen geriet der deutsch-französische Motor ins Stottern: Was, wenn es in Berlin einen Machtwechsel gibt und Edmund Stoiber Kanzler wird? Was, wenn Frankreichs Präsident Jacques Chirac in Nationalismus Zuflucht sucht, um die Nation im Kampf gegen die Gefahr des Rechtspopulismus zu einen?*

